

**Annoncen-**  
**Annahme-Bureau.**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17)  
bei C. H. Ullrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Streisand,  
in Lübeck bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Zweihundachtigster Jahrgang.

**Annoncen-**  
**Annahme-Bureau.**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei G. L. Poake & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Adolph Nossle.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

Mr. 884.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 17. Dezember.

1879.

**Amtliches.**

Berlin, 16. Dezember. Der König hat geruht: den Landrat a. D. Friedrich Ludwig August Overweg zum Landrat des Kreises Bochum zu ernennen, und dem Hauptzollamt-Montantanten Mache zu Landsberg, O. Schl., den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Der Oberförster-Kandidat von Kühlwein ist zum Ober-Förster ernannt, und es ist ihm die durch den Tod des Ober-Försters Pavelt erledigte Ober-Försterstelle Werder im Regierungsbezirk Stralsund verliehen worden.

**Vom Landtage.**

## 26. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 16. Dezember, 11 Uhr. Am Ministerische Lucius und Kommissarien.

Die zweite Berathung des Feld- und Forstpolizeigesetzes wird fortgesetzt.

Zum § 1 liegt der Antrag v. Ludwig's vor, diesen Paragraphen sowie das ganze Gesetz als inopportun abzulehnen, ferner der Antrag Hänels: nach Ablehnung des § 1 die Staatsregierung aufzufordern die Forst- und Feldpolizeiordnung im Wege der provinzialen Gesetzgebung zu regeln. Endlich beantragen heute v. Schorlemmer-Alst und Grimm "die Vorlage an die Kommission zurückzuweisen befußt Prüfung der weiter eingegangenen Anträge, sowie der Frage provinzialer Regelung dieser Materie."

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Die Mängel der bestehenden Gesetzgebung in Forst- und Feldpolizeisachen erkenne ich bereitwillig an, ebenso die Notwendigkeit einer neuen Redaktion und Kodifikation. Aber in einigen Punkten bin ich mit dem Gesetzentwurf nicht einverstanden. Bekanntlich ist die Ackerwirtschaft im Lande eine ausnehmend verschiedene: in der einen Provinz wirthschaftet man extensiv, in der anderen intensiv; in der einen herrscht der Großbetrieb, der Latifundienbetrieb oder auch der grossbäuerliche, in den andern wirthschaftet man auf proletarisch zersplitterten Parzellen. Ebenso ist es mit der Forstwirtschaft. Ja sogar nach ihrem Bestande sind die Bedürfnisse verschieden. Bezüglich der Feuerpolizei ist es von weitem Einfluss, ob die Forst Laubholz oder Nadelholz hat. Will man alle diese verschiedenen Bedürfnisse durch einen Gesetz befreidigen, so kommt man in die Gefahr für einzelne Provinzen zu scharf, für einzelne wieder zu matt zu werden. Bedenksweise wird man sehr faulisch, ohne doch alles zu treffen, was man treffen will.

Ich bin der Meinung, daß wir wirklich schon mehr als zu viel Polizeiverordnungen haben und ihre Fluth mehrt sich täglich. Ich will mich engagieren diejenigen Herren, die sich meiner Beobachtung 24 Stunden preisgeben wollen, innerhalb dieser 24 Stunden zu einer polizeilichen Untersuchung zu ziehen, namentlich wenn die Herren rauchen. (Heiterkeit.) Der § 24 bestraft Leute, die an Grenzräumen, Wegen und Triften das dort wachsende Gras wegnehmen. Ja, meine Herren, das ist bisher stets ein Privilegium der armen Leute gewesen, ich möchte sie wirklich nicht darin stören. Derselbe § 24 bestraft Leute, welche von Bäumen, Sträuchern oder Hecken Laub abpflücken oder Zweige abbrechen. Es steht nicht einmal dabei "in gewünschter Absicht", dann ließe es sich noch erklären. Wenn Sie diesen § 24 mit § 41 in Verbindung bringen, werden Sie zugeben, daß die jungen Mädchen welche, bei einer Landpartie im Walde sich einen Kranz flechten und aufs Haar setzen, sämmtlich hineinfallen. (Heiterkeit.) Die Nr. 1 des § 26 geht weit über das Strafrecht hinaus, das in § 368 Nr. 7 denjenigen, der ein Menschen mit Steinen oder Unrat wirft, mit 60 Mark Strafe in maximo bedroht. Hier wird man mit 50 M. bedroht, wenn man Unrat nur auf ein fremdes Gut legt. Das Maß ist etwas billiger, aber doch verhältnismäßig wirklich nicht angemessen. (Sehr wahr.) Auch die Nr. 3 des § 26 ist bedenklich: mit Geldbuße bis zu 50 Mark oder mit Haft wird bestraft, wer unbefugt tote Thiere liegen läßt, vergräbt, niederlegt oder austängt. Wenn ich also den Hund meines Nachbarn krepiert auf meinem Felde finde, so komme ich in die größte Verlegenheit; ich werde bestraft, wenn ich ihn liegen lasse, ich werde bestraft, wenn ich ihn vergrabe, ich werde bestraft, wenn ich ihn austängt. Am meisten überbiert endlich das Strafrecht der § 34: "mit Geldbuße bis zu 150 M. oder mit Haft wird bestraft, wer abgesehen von den Fällen des § 368 des Strafrechts den zum Schutz nützlichen oder zur Vernichtung schädlicher Thiere und Pflanzen erlaassenen Polizeiverhandlungen zu widerhandelt." M. H. das Strafrecht kennt etwas in dieses Fach einschlagendes nur an einer Stelle, nämlich die Vorschrift des § 368 Nr. 2, daß jeder seine Bäume im Frühjahr räupen soll; es bestraft das Zuwiderhandeln mit 60 Mark. Hier hat man aber weiter geben zu müssen geglaubt, nämlich bis 150 M. im Maximum. Augenscheinlich war dabei die Erwägung die: die große Zahl von Verordnungen gegen Mäuse, Mäktäfer, Senecio vernalis, hatte keinen Erfolg. Das schob man auf das zu geringe Maximum der Strafen, die nach dem Gesetz vom 11. März 1850 angedroht werden konnten. Das ist ein großer Irrthum. Durch ein höheres Maximum der Strafen werden sie da nichts erreichen, sondern die Sache geht einfach darum nicht, weil sie überhaupt nicht geht. Wenn man Verordnungen gegen Mäuse oder Senecio erläßt, so präfert die Polizeiböhrer nur diligentiam, aber sie wissen alle, daß es nichts hilft. Die bekannte Frage ou est la femme? gilt auch bei Polizei-entraffentionen. Nach meiner Erfahrung können Sie unter 100 Polizeidemonstrationen 60 Mal den Grund darin finden, daß sich die beiden Nachbarfrauen gekannt haben und die Männer nun eine polizeiliche Untersuchung gegen einander in Gang seien. (Heiterkeit.) Ich erkläre mich deshalb für den Schorlemerschen Antrag.

Abg. Seelig: Nachdem gestrigen Vortrage des Referenten konnte es scheinen, als habe man in der Kommission die Gewichtlosigkeit der in der Presse vorgebrachten Gründe oder der Presse überhaupt festgestellt. Das ist durchaus nicht der Fall. Ich halte die Presse für ein sehr wichtiges Hilfsmittel der Gesetzgebung. Unser Einfluß gründet sich darauf, daß wir uns mit der öffentlichen Meinung, wie die Presse sie wiedergibt, in Übereinstimmung befinden. (Sehr wahr!) Daß auch manche Ausführung in der Presse sich nicht vollkommen mit der Sachlage vertragen; auch was hier gesprochen wird, ist nicht Alles die reine Weisheit und Wahrheit. (Sehr richtig!) Auch die Zügellosigkeit der großen Massen in der Benutzung des Waldes ist in der Kommission nicht festgestellt worden, vielmehr vielfach bestätigt, daß die arbeitenden Klassen den Wald, wenn sie sich an Feiertagen in der frischen Natur

ergeben, in gesitteter Weise benutzen. Die angeblichen Auswüchse des modernen Kommunismus beruhen auf uralter deutscher Ansicht; denn das altgermanische Recht kennt ein vollkommenes und ausschließliches Privateigentum am Grund und Boden nicht. Diese materielle Rechtsverschiedenheit läßt sich durch ein Polizeigesetz nicht ausgleichen. Wir können daher nur allgemeine Normativbestimmungen geben und müssen die Einzelheiten den Provinzialgefeßen überlassen. Dem wissenschaftlichen Bedürfnis hat die Kommission nicht Rechnung getragen; ein Alexander v. Humboldt oder Leopold v. Buch kann unter diesen Bestimmungen in Preußen nicht mehr ersten; die Regierung müßte an den Landesgrenzen auf großen Warnungstafeln das Gesetz bekannt machen, damit der ausländische Forscher den preußischen Boden mit dem Bewußtsein betrete, daß er hier nicht sammeln darf.

Abg. Prinz Reuß: der nur für seine Person und nicht im Namen seiner Fraktion zu sprechen erklärt, ist der provinzialen Regelung der Materie durchaus nicht abgeneigt. Der Redner mendet sich gegen einzelne Paragraphen, besonders gegen § 10, der das Geh in Walde mit Strafe bedroht. Er vermaßt einen Kreis, den Hirschberger, der gewissermaßen ein großes Vergnügungslokal für die reisende Welt sei, zu dessen Inventar der Wald gehören. Wie sollen die Reisenden mit dem § 10 auskommen? Wie ferner alle diejenigen, welche auf den Verdienst durch die Reisenden angewiesen sind.

Abg. Hänel: Mein Antrag sollte nur verbüten, daß der Entwurf nach der großen auf ihm verwendeten Arbeit nicht durch ein negatives Votum einschließlich bestätigt werde. Der Wunsch nach provinzialer Regelung wurde vielfach laut, jeder grundfächlich oppositionelle Gedanke lag mir dabei fern. Mein Antrag will nur der im Entwurfe vorgenommenen Spezialisierung entgegenstehen. Entweder wir nehmen eine provinziale Regelung an und dann wird die Spezialisierung jeder polizeilichen Willkür einen Damm setzen müssen, oder wir machen hier nur den Rahmen, stellen die leitenden Grundsätze, die Strafmaxima u. s. w. fest und überlassen das Uebrige unter gewissen Rauten der Polizeiverordnung. Im Falle der Zurückverweisung des Entwurfs an die Kommission ziehe ich meinen Antrag zurück.

Abg. Nebel konstatiert das Bedürfnis nach allgemeiner gesetzlicher Regelung der Materie, doch feien einzelne Paragraphen für ihn unannehmbar. Er würde ein Zustandekommen des Gesetzes, aber in einer dem wirklichen Bedürfnisse entsprechenden Gestalt. Gegen die von Hänel beantragte provinziale Regelung müßte er sich erklären, denn es ständen sich nur zwei Grundanschauungen gegenüber, die im Osten und die im Westen der Monarchie. Da sei also die Möglichkeit gemeinsamer Regelung, wenigstens in den Hauptzügen, durchaus nicht unmöglich.

Abg. Dr. Meyer (Breslau) beklagt zu Eingang seiner Rede den Tod des zu früh beim vorigen Oberförstermeisters Bernhard, des gründlichen Kenners des Waldes, Waldrechts, Waldwesens und Wald-eigentums, zitiert einen Passus aus der am 10. Januar vorigen Jahres in diesem Hause gehaltenen Rede derselben, die einen Panegyritus des Waldes darstellt, erklärt, daß seine Freunde und er den Standpunkt dieses hochverehrten Mannes vertreten und fährt dann fort: Wir sind der Ansicht, daß dem Waldeigentümer der kräftigste Schutz gewährt werden muß gegen Rohheit, Nachsucht, Eigennutz und Leichtfinn, und deshalb möchten wir das unfrige thun, um die in dem Entwurfe niedergelegten gesunden Gedanken durchzuführen. Der Entwurf geht aber weit über das Ziel hinaus, das Eigentum vor Schaden zu schützen. In dem Entwurfe wird der Gedanke des alten Polizeistaates, den wir seit 30 Jahren bekämpft haben, daß jeder für verdächtig angesehen wird, der sich über seine Unverdächtigkeit nicht ausweist, wieder eingeschoben in den Wald, und der harmlose Spaziergänger wird für gefährlich angesehen, weil er ein Streichholz anzünden oder Schlingen legen könnte. Mit grossem Nachdruck hat der Referent darauf hingewiesen, man müsse den Leuten den Eigentumsbegriff in der heutigen Zeit recht scharf vor Augen führen. Das Eigentum ist aber nichts Unabänderliches vom Himmel Gefallenes, sondern das Resultat menschlicher Abstraktion, und man soll die Abstraktionen nicht weiter ausdehnen, als sie nothwendig und möglich sind. Wenn es dem Fremden gefällt ist, unter Innehaltung gewisser staatsgesetzlicher Vorschriften auf fremden Grund und Boden zu bohren und sich ohne Widerprüfung des Eigentümers die mineralischen Schätze anzueignen, so kann es mit dem Begriff des Eigentums auch nicht in Widerprüfung stehen, auf der Oberfläche des Bodens sich zu bewegen, die Luft einzutathmen und einmal ein Blatt abzureißen, das seinen materiellen Werth hat. Referent hat gestern über die Presse geplagt, die in gehässiger und agitatorischer Weise vorgehe; ich bedauere, daß ein Artikel ihm entgangen ist, der seiner Partei besonders nahe steht, in welchem diejenigen Hessen als Sozialdemokraten denunziert werden, die gegen den Gesetzentwurf agitieren. Ist es wirklich zulässig, um jene Fraktionen zu bestimmen aus der Provinz Hessen als Sozialdemokraten zu bezeichnen? Der gehässige Ton ist also wohl auf der anderen Seite. Unsere sämmtlichen Freiberufler variieren fortwährend das Wort: "Im Wald und auf der Haide, da hab' ich meine Freude". Goethe sagt: "Ich ging im Wald so für mich hin, und nichts zu suchen, das war mein Sinn." (Heiterkeit.) Kann die Uneigennützigkeit des reinen Naturfreundes in schärferer Weise bezeichnet werden als durch dies Wort? Stürmisches, wie es einem Wirkkämpfer für unterdrückte Nationalitäten aufkommt, geht Wilhelm Müller vor — "der schritt es gern in alle Landen ein". (Große Heiterkeit.) In einem seiner berausendsten Liebesgedichten sagt Platen: "Die Wieke, die ihr Fuß gedrückt, wird ihrer Blumen abgepfückt." Wer möchte nicht bedauern, wenn das junge Paar anstatt zum Standesamt zum Schöffengericht gehen müßte, sie, um sich aus § 10, und er, um sich aus § 24 Recht zu nehmen. (Große Heiterkeit.) Der Schlachtgefang, der ungestüm zum Himmel dringt: "Des Vaterlandes Hochgefang, das Waldthal hall' ihn wieder" — dies patriotische Lied ist in allen Liederbüchern aufgeführt. Das berühmteste Lied aber ist das von Matthias Claudius, eines der wunderbarsten Lieder, welches wir in unserer Poesie haben. Der Dichter erzählt, wie er in der Neujahrsnacht sich aufgemacht habe und mitten im Winter beim Mondenschein in den Wald hinausgegangen sei, das Gesicht gen Osten gefeiert, und da entwickelt sich vor seinem inneren Auge der Glanz unseres alten Heldenthuns, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft für unser Vaterland. Matthias Claudius war der Wandsbecker Bote, er hat in Wandsbek gelebt, und der Wald, in den er gegangen ist, kann kein anderer gewesen sein, als der Sachsenwald. Jetzt lebt in diesem Walde der Mann, der diese Visionen wahr gemacht hat. Ich behaupte: ohne den ungestüm Drang in der Poesie des Volkes keine staatsmännischen Erfolge und ohne unsere Dichter nicht jener ungestüm vaterländische Drang. Sie legen die Art an unser Nationalleben, wenn Sie den Dichter ver-

hindern, im Walde sich poetische Anregungen zu holen. Der Romane, der Slave, sie alle dürfen sich frei in ihrem Walde bewegen; der Deutsche allein, bieder, fromm und stark, bezahlt zur Strafe eine Mark. (Große Heiterkeit.) Der Wald ist Bedürfnis nicht für den Waldbesitzer und den Landmann allein, er ist es in noch höherem Grade für den Städter; der muß am Sonntag zur Erholung die Waldluft haben. Wie wollen den Leuten den Ausfall an Gesundheit und Frische erleben, wenn Sie ihnen den Wald versperren, wenn Sie auf Waldluft und Waldduft ein Monopol nehmen? Vielleicht muß der Mensch seine Erholung suchen und wenn Sie ihm den Wald nehmen, dann verweisen Sie ihn auf die Kneipe, die Sie jetzt durch die Schanksteuer zu bekämpfen suchen. (Sehr richtig!) Dann treten an die Stelle der fröhlichen Waldsiedler andere, und zwar für den Besseren der Gesang: "Grad aus dem Wirthshaus komm' ich heraus", für den Schlimmeren das allerdings nicht mehr ganz deutsche Milie ist propositum in taberna mori (Heiterkeit.) Man hat gerade von der rechten Seite so viel angelämpft gegen das Manchesterthum, gegen die übertriebene Ausdehnung des Eigentumsbegriffs, gegen die Nichtbeachtung des Gedankens, daß das Eigentumsrecht auch Wichten auferlegt. Ich halte es für eine solche Pflicht des Waldeigentümers, harmlosen Menschen den Zutritt zu dem Walde wie bisher zu gewähren. Wir wollen den Gesetzentwurf durchberaten und den Waldbesitzern den Schutz geben, der ihnen gebührt, wir wollen aber denselben Schutz auch den Konsumenten von Waldluft einräumen. (Beifall.)

Abg. Graf d'Haussillonville vertheidigt die oberösterreichischen Grundbesitzer gegen den ihnen vom Abg. v. Ludwig gemachten Vorwurf, daß sie errangte Kulturländer seien und bei den Wahlen die allertollsten Nichtswürdigkeiten gegen die armen Wähler verübt hätten; gegen solche unbewiesene hier vorgebrachten Insinuationen müsse er entschieden protestieren.

Präsident v. Köller: Ich habe den Abg. v. Ludwig deshalb nicht zur Ordnung gerufen, weil er keinen der oberösterreichischen Grundbesitzer genannt oder auch nur andeutungsweise bezeichnet hatte; ich hätte allerdings gewünscht, daß der Abg. v. Ludwig ein anderes Wort gebraucht hätte.

Abg. v. Eynern: Die Milderungen, welche die Kommission an einzelnen Stellen vorgenommen, werden bei weitem aufgewogen durch die Verstärkung des § 10, wonach auch das Geh in über ein unbebautes Grundstück verboten sein soll. Ich würde einem einheitlichen Gesetz zustimmen, wenn es nicht hinausgeht über das, was jetzt Rechtens ist und was im Rechtsbewußtsein des Volkes lebt. Man soll den Wald schützen, Holzucht auf Auflösung fördern, aber auch den Genuss des Waldes dem Volke nicht rauben.

Abg. Grimm: Die zahlreichen Verbesserungsanträge beweisen wohl schon, daß dies Gesetz sich zu einer Plenarberathung nur wenig eignet, und daß es sich daher empfiehlt, der Kommission die nochmalige Prüfung zu übergeben. Entscheidend aber für meinen Antrag ist die Frage, daß eine provinziale Regelung der Materie den Vorzug verdienen. Mich hat die Berathung in der freien Kommission überzeugt, daß die Rechtsverschiedenheiten im Osten und Westen so bedeutende sind, daß eine gleiche Gesetzgebung für beide nicht möglich ist. Besonders eigenthümlich sind die bessischen Landesttheile.

Abg. Miquel: Einzelne Bestimmungen können freilich vernünftiger Weise nur provinzial geregelt werden, aber im Grunde muß eine einheitliche Gesetzgebung emanirt werden. Aber auch die Bestimmungen, welche nicht einheitlich getroffen werden können, sind doch nicht derartig, daß für jede Provinz ein Gesetz erlassen werden müßte, sondern Hamm, Westfalen, Rheinland und Nassau sind in ihren Verhältnissen ziemlich gleich und unterscheiden sich in gemeinsamen Punkten von den Landestheilen östlich der Elbe. Die Bodenvertheilung dieselben und jenseits der Elbe ist eine ganz andere und Preußens Popularität in Deutschland hat wohl am meisten darunter gelitten, daß die besonderen Verhältnisse des Westens so wenig beachtet hat. Im Westen ist der Wald ausschließlich Gemarkungswaldung gewesen und erst allmälig ist ein Gemisch von Eigentum und Servitutberechtigung entstanden. Die Gemeinde war Eigentümerin der Gemarkung, sie war Besitzerin und Disponentin über Wälder, Wiese, Wald und Weide. Dieser Begriff vom Gesamteigentum fehlt im Osten. Der Grundbesitz im Osten ist überwiegend Land der Gutsbesitzer, im Westen dagegen ist der Gutsbesitz aus niedergelegten Bauerstellen entstanden. Diese Verhältnisse müssen berücksichtigen; sie sind aber nur diejenigen, die jenseits der Elbe verschieden, nicht in jeder einzelnen Provinz. Die Zurückverweisung an die Kommission wird nur der Erfolg haben, daß das Gesetz in dieser Session nicht zu Stande kommt.

Minister Lucius: Wenn auch der Ton der Debatte ein äußerst objektiver war, so bedauere ich doch, daß die Gesichtspunkte, die heute vorgebracht sind und denen ich eine gewisse Berechtigung nicht versagen kann, nicht bereits in der ersten Lesung zu Tage getreten sind und der Kommission nicht als Anhalt haben dienen können. Die Vorlage sucht alle Härten zu vermeiden und die Polemik in der Presse richtete sich wohl mehr gegen die Kommissionsbeschluß als gegen die Vorlage. Wenn der Abg. Nebel auf das Beerenjammeln in seiner Heimat verzweigt, so muß ich ihm bemerken, daß die Ausübung eines solchen Rechtes stattgefunden hat unter der Herrschaft eines Verboten; denn nach dem Gesetze vom 2. Juni 1852 war das Beerenjammeln dem Diebstahl an Holz u. anderen Forstprodukten gleichgestellt. Dem Gedanken, die Sache provinzial zu regeln, ist die Regierung noch nicht nähergetreten, aber ich glaube, die Schwierigkeiten werden nicht minder bedeutend sein, als die einheitlichen Gesetze.

Abg. Petri beantragt, die Vorlage an eine neue Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen (Widerprüfung), worauf die Diskussion über § 1 geschlossen wird.

Persönlich bemerkt Abg. v. Ludwig, daß er seine Behauptung bezüglich der oberösterreichischen Gutsbesitzer aufrecht erhalten müsse; er will beweisen, daß dieselben errangte Kulturländer seien, was der Präsident ihm nicht gestattet. Redner bezeichnet es als eine Nichtswürdigkeit, wenn man denjenigen, die unliebsam gewählt haben, nicht nur das Holzjammeln nicht gestatte, sondern ihnen auch kein Holz verkaufe, sie aus der Arbeit jage.

Präsident v. Köller: Derartige sachliche Deduktionen sind in einer persönlichen Bemerkung nicht zulässig.

Abg. v. Ludwig: Dann möchte ich den Abg. Grafen d'Haussillonville bitten, mir für die Handlungen, die ich anführte und deren ich noch eine ganze Reihe anführen könnte, ein anderes bezeichnendes Wort anzugeben, bis dahin muß ich meine Worte aufrechterhalten.

Referent v. Hendrabrad: Daß in den einzelnen Landestheilen verschiedene Ansichten herrschen, war der Kommission be-

kannt, aber an eine provinzielle Regelung konnte sie nicht denken, da ihr ein einheitlicher Gesetzentwurf vorlag. Die hier angefochtenen Bestimmungen sind durchaus nicht etwas durchaus Neues; eine ganze Anzahl Polizeiverordnungen, z. B. eine im Regierungsbezirk Potsdam und eine im Regierungsbezirk Liegnitz enthalten mit wenigen Modifikationen dasselbe. Der Abg. Seelig glaubte heute in einer gegen mich wenig freundlichen Weise einzelne Vorlesungen in der Kommission berichtigten zu müssen. Ich halte das gestern Gesagte vollkommen aufrecht. Ich hatte hier nicht die Ansicht aller 21 Kommissionsmitglieder, sondern nur die der Majorität zu vertreten. Es ist viel leichter mit schönen Redensarten um den Brei herumzugehen, als einen Standpunkt bestimmt zu vertreten. Herr Meyer behauptet, in einem Parteorgan von mir hätten ebenfalls Angriffe gegen das Geheis gestanden. Dem Berichtsteller gegenüber dürfte es nicht angängig sein von der Parteistellung zu sprechen; ich habe hier keine Partei zu vertreten, sondern die große Majorität der Kommission. Ich habe geglaubt, dies mit Pflichttreue thun zu müssen, ohne jede Rücksicht auf Beifall oder Widerspruch, und wenn ich dabei vielleicht etwas wärmer geworden bin, so wie man nur das nach einer angestrengten dienstlichen Arbeit nicht übel nehmen. (Beifall.)

Abg. Seelig (verständlich): Ich habe den Referenten nicht persönlich angreifen, sondern nur feststellen wollen, daß die Kommission ein Urtheil über die Haltung der Presse in Bezug auf die Vorlage nicht gesäßt hat.

Bei der Abstimmung bleibt der Antrag Petri in der entschiedensten Minorität, dagegen wird der Antrag v. Schorlemer und Grimm mit überwiegender Mehrheit angenommen. Die Vorlage geht also an die Kommission zurück und ist damit die heutige Tagesordnung um 1½ Uhr erledigt. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Elbinger Petition.)

### 5. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 16. Dezember. 1 Uhr. Am Ministerische: v. Putzler, Friedberg, Graf zu Eulenburg, später Lucas und mehrere Kommissarien.

Kommerzienrat Lotarius und Graf v. dem Busche-Wittenburg leisten den Eid auf die Verfassung. Graf zu Lennig auf Lübbenaus ist zur Einnahme seines erblichen Sitzen im Herrenhause eingeladen worden.

Der Gesetzentwurf betr. die Verwerthung von Forstnutzungen aus den Staatswaldungen in den vormalen kurfürstlichen Landestheilen wird ohne Debatte unverändert angenommen.

Es folgt der Bericht der Kommission für Kommunal-Angelegenheiten über den Gesetzentwurf, betreffend die Besteitung der Kosten für die Bedürfnisse der Kirchengemeinden in den Landestheilen des linken Rheinufers.

Graf Brühl wird deshalb gegen das ganze Geheis stimmen, weil er nicht das Recht des Staates anzuerkennen vermag, einseitig ohne vorherige Zustimmung der zuständigen kirchlichen Organe selbst wie in diesem Falle zum Vortheil der Kirche über kirchliche Fragen abzuurtheilen.

Weber glaubt, daß diese Vorlage keinen Anlaß biete, die vom Vorredner aufgeworfene prinzipielle Frage zu erörtern, sie bezwecke nur eine Regelung der verschiedenen bürgerlichen nicht kirchlichen Gesetze. Auch Bredt empfiehlt die Vorlage im Interesse des Rheinlandes zur Annahme.

In der Spezialdiskussion wird § 2 unter Zustimmung der Regierung mit einer von Adams beantragten redaktionellen Modifikation angenommen.

§ 3 lautet: „Unberührt von den Bestimmungen dieses Gesetzes bleiben die Rechtsverhältnisse in Betreff der, die Kirchengebäude umgebenden freien Plätze und der Begräbnisplätze.“

§ 4: „Den bürgerlichen Gemeindebehörden steht die Benutzung der Kirchenglocken bei feierlichen oder festlichen Gelegenheiten, bei Unglücksfällen, oder ähnlichen Veranlassungen zu. Zur Sicherstellung und Regelung dieser Befugnis kann der Regierungs-Präsident die erforderlichen Anordnungen treffen.“

Die Kommission beantragt in Übereinstimmung mit dem Votum des Rheinischen Provinziallandtages den § 24 zu erreichen.

Für den Fall der Annahme dieses Antrages beantragt Adams dem § 3 zuzufügen: „so wie der Benutzung der Kirchenglocken und der in den kirchlichen Gebäuden befindlichen zu feuerpolizeilichen Zwecken dienenden Lokale“. Prinzipiell will er aber § 4 aufrecht erhalten und nach den Worten „ähnlichen Veranlassungen“ einhalten „ungleichen die Fortbewegung der in den kirchlichen Gebäuden befindlichen zu feuerpolizeilichen Zwecken dienenden Lokale.“

Referent Diese führt aus, daß ein Eingriff in das Eigentum der Kirchengemeinde, wie dies durch § 4 festgestellt werden sollte, nicht gerechtfertigt erscheine; außerdem sei zu befürchten, daß unter Unständen Unfrieden in der Bevölkerung entstände, wenn die Kirchenglocken gegen den Willen der Kirchengemeinde von der Zivilgemeinde bei feierlichen Gelegenheiten in Anspruch genommen würden. Die Weigerung der Benutzung in Fällen der Not sei undenkbar; in solchen Fällen könne aber auch die Benutzung polizeilich erzwungen werden.

Adams motiviert seinen Antrag damit, daß gerade durch eine gesetzliche Regelung der Glockenfrage beim Eigentumsübergange jeder künftige Streit, wie er aus Anlaß des Sedanfeiern vielfach vorgelommen ist, ausgeglichen werde. Das Glöckengeläute müsse bei allgemeinen Landesfesten ebenso wie bei Unglücksfällen gesichert sein; bei freitigen Fällen habe ja die Aufsichtsbehörde die Möglichkeit, geeignete Entscheidung zu treffen. Das habe sie auch bisher gethan. Die Regierung zu Koblenz habe den Brauch in einzelnen rheinischen Ortschaften, den Anfang der Tanzstunde mit dem Läuten der Kirchenglocken anzugeben, sofort inhibirt. Kein Regierungs-präsident werde eine Tanzstunde für ein allgemeines Landesfest oder für einen öffentlichen Unfalltag halten. (Deiterter.)

Weber, Struckmann, Beseler und der Minister des Innern Graf zu Eulenburg sprechen sich für, Graf v. Schleinitz, Graf v. Zieten-Schwerin und v. Solemacher gegen die Anträge Adams aus, worauf der Prinzipal-antrag desselben und demgemäß die §§ 3 und 4 angenommen werden.

Die §§ 5 bis 12 werden unverändert nach den Kommissionsvorschlägen genehmigt.

Die Kommission beantragt einen neuen § 13, wonach die Verpflichtung von Forenzen zu Kostenbeiträgen für kirchliche Bedürfnisse aufgehoben wird, weil dieselben nach der jetzigen Lage der Verhältnisse doppelt besteuert werden.

Der Regierungskommissar Geh. Rath Barth erhebt Bedenken gegen den neuen § 13 und zwar wegen Mangels thatächlicher Feststellungen über die Rückwirkungen, welche solche Vorschrift auf die Finanzverhältnisse der Kirchengemeinde haben könne, und weil es angemessen erscheine, gleichartige Rechtsverhältnisse, welche sich ähnlich auch in anderen Landestheilen vorsinden, gleichzeitig durch besonderes Gesetz zu regeln.

Der Kommissionsantrag wird angenommen und sodann das Gesetz im Ganzen.

Um 4 Uhr vertrat sich das Haus bis Mittwoch 11 Uhr. (Gesetz betr. den Erwerb mehrerer Privatbahnen für den Staat.)

### Briefe und Zeitungsberichte.

Rom, 10. Dezember. Großes Aufsehen macht, so schreibt ein Korrespondent der „Nat.-Ztg.“, im Augenblick die Veröffentlichung einer dem heiligen Stuhlgöhren den Sammlung von Majoliken, die sich bisher in der päpstlichen Villa von Castel Gandolfo befanden und aus dem zwischen den Medici und dem heiligen Stuhle gehalten

Nachlaß der Herzoge von Urbino stammen. Der in solchen Dingen sehr gut unterrichtete „Popolo Romano“ meldete, daß 33 Majolikateller und Schüsseln, welche sämtlich, mit Ausnahme von einer von Della Robbia gemalten, von der Hand des Maestro Giorgio di Urbino seien, durch Vermittelung eines ehemaligen päpstlichen Beamten Sabatucci an den römischen Antiquar Giacomini an der Piazza die Spagna um 22,000 Franken verkauft worden seien, und daß Giacomini dieselben an einen italienischen Senator, Herzog Della Verdura, um 40,000 Franken wieder verkauft habe. Wer die in Bargello ausgestellten Majoliken kennt, kann sich von der Schönheit und dem Werth dieser Sammlung leicht eine Vorstellung bilden. Dabei aber kommt noch ein anderer und sehr wichtiger Umstand in Betracht: daß nämlich die in den päpstlichen Palästen und Villen befindlichen Kunstsammlungen durch den Artikel 5 des Garantiegesetzes als unveräußerliches Nationaleigentum erklärt sind, daß mithin der jeweilige Papst gelegentlich ihren Nießbrauch, aber nicht das Recht hat, sie zu zerstören oder zu verkaufen. Wenn nun auch der Papst das Garantiegesetz nicht anerkennen mag, wird man die Veräußerung der Majoliken wenigstens nicht schicklich finden müssen; daß aber ein italienischer Herzog und Senator, der das Garantiegesetz mit votirt hatte, den Kauf der Sammlung, deren Provenienz er kannte, abschließt, ist ein sehr trauriges Symptom des sittlichen Werthes gewisser Kreise der italienischen Gesellschaft. Der „Popolo Romano“ begnügte sich jedoch nicht, den unsauberem Handel blos zu denunzieren, sondern forderte auch energisch die Regierung auf, dem Gesetz Achtung zu verschaffen.

In der That raffte sich das Ministerium zu schnellem Handeln auf und wies die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zu. Der Generalprokurator Manfredi ließ gestern die 33 Majoliken von Castel Gandolfo bei dem Herzog Della Verdura sequestriren und gleichzeitig die gerichtliche Untersuchung gegen alle Theilnehmer des Handels einleiten. Derjenige, der Seitens des Vatikan den Verkauf der Majoliken mit dem Antiquar Giacomini abschloß und den Empfang des Kaufschillings von 22,000 Franken in bester Form abquittirte, nämlich der Kardinal-Staatssekretär Rina, wird allerdings die Wucht des Gesetzes am wenigsten empfinden, da er ohne Zweifel im Auftrage des Papstes handelte und überdies im Vatikan, wo er wohnt, der italienischen Justiz unerreichbar ist. Gleichwohl wird seine amtliche Stellung durch den Vorfall erschüttert, selbst wenn der Papst sich darauf steifen sollte, ihn zu halten. Zur Entschuldigung des vatikanischen Schachters wurde das alberne Märchen erfunden, daß die Majoliken von Castel Gandolfo Privateigenthum Pius' IX. gewesen seien; wir werden sehen, welche Lügen vom Vatikan aus im weiteren Verlauf des Prozesses verbreitet werden. Vorläufig muß man schon zufrieden sein, daß die Regierung zum ersten Male seit 1871 die Handlung des Garantiegesetzes in seinem für den Vatikan onerosen Theil ernst nimmt.

Die Situation in Afghanistan verschlimmert sich für die Engländer zusehends. Man braucht nicht Pessimist zu sein, um die Furcht zu hegeln, daß sich für die Armee des Generals Roberts die Schreckenstage von 1841 und 1842 wiederholen könnten. Fast um dieselbe Zeit wie vor 38 Jahren haben sich die Afganen erhoben, und wie damals ist Kabul der Mittelpunkt des Aufstandes. Es läßt sich nicht mehr bezweifeln, daß das, was sich jetzt in Afghanistan ereignet, keinen spontanen Charakter trägt, sondern das Werk eines wohl vorbereiteten Aufruhrs ist, von dessen Organisation die englischen Behörden in ihrer Sicherheit nichts geahnt haben. Der Sieg, den General Roberts am Sonnabend erwartet haben wollten, scheint von keiner Bedeutung gewesen zu sein, denn nach einem Telegramm dieses Oberbefehlshabers dauern die Kämpfe ununterbrochen fort; der Feind ist noch immer mit starken Streitkräften im Vormarsch begriffen. General Roberts hat in Folge dessen beschlossen, die Höhen oberhalb Kabul zu verlassen und seine Truppen in dem Kantonment Slerpur zu konzentrieren. General Gough, welcher sich in Candamak und General Arbutnot, der sich in Jellalabad befindet, haben Befehl erhalten, nach Kabul zu marschiren. Die Verbindungen sind nicht unterbrochen, doch herrscht Befürchtung, daß die Agitation unter den verschiedenen Stämmen weiter um sich greifen werde. Das sind trübe Aussichten für die nächsten Tage; es muß schon schlimm stehen, wenn General Roberts sich mitten im Winter zum Rückzug entschließt. Die londoner Zeitungen halten die Lage in Afghanistan für kritisch, glauben indeß doch, daß bis jetzt zu ernsteren Besorgnissen kein Grund vorliege. Auch die indische Regierung erklärt, hinreichende Streitkräfte zur Verfügung zu haben, um allen Eventualitäten entgegentreten zu können. Aber „glauben“ und „erklären“ ist es in diesem Falle nicht gethan, hier handelt es sich um Thaten und nicht um Worte und Meinungen.

### Die Bromberger Provinzial-Ausstellung im Jahre 1880.

Die veränderte Wirtschaftslage, in welcher sich Deutschland seit Jahresfrist befindet, bat in den manigfachen Erwerbsweisen bereits wesentliche Änderungen geschaffen, wird aber auch auf jenen Gebieten große Umwälzungen nach sich ziehen, welche selbst nicht unmittelbar mit der neu gestalteten Zoll- und Handelspolitik in Verbindung stehen.

Obwohl wir seinerzeit mit berechtigten Gründen gegen dieselbe eingetreten sind, so scheint es doch gegenwärtig angezeigt zu sein, nicht bloss in einer fruchtlosen Negation zu verharren, sondern eben auch mit den vollen Thatsachen zu rechnen und dazu beizutragen, daß für den Augenblick wenigstens die Errichtung auf dem einmal gegebenen Boden so gut wie möglich gelingt. Wir haben daher mit der Förderung der Wasserstraßenmeliorationen den rationalen Ausbau des Schienennetzes angeregt und unterstützen ihn noch heute ebenso eifrig wie die neuen industriellen Anlagen auf den verschiedenen Wirtschaftsgebieten, welche durch die veränderten Sachlage geboten schienen. Das Hauptaugenmerk muß jetzt auf die Hebung des inneren Verkehrs gerichtet sein, wofür das Zusammenspiel aller fachmännischen Interessenten dringend nötig ist.

Die Ausstellungsidee bildet den Kernpunkt der Bestrebungen, welche sich heute in allen Kreisen der Gewerbetreibenden und In-

dustriellen und in allen Gegenden Deutschlands wie des ihm wirtschaftlich näherverwandten Österreichs fundeben. Gemäß den veränderten Verhältnissen sind aber auch die Art und der Charakter der Ausstellungen wesentlich andere geworden.

Die internationalen Weltausstellungen, welche vor mehr als zwanzig Jahren dem modernen Verkehrsleben einen neuen Impuls zu geben berufen waren, fallen mit der Aera der vertragsmäßigen Handelspolitik zusammen. Die Gewerbstätigkeit der Nationen, welche mit den wesentlichen Fortschritten der Technik Hand in Hand ging, erlangte nicht nur eine größere Vervolkommung und Ausdehnung, sondern auch eine Mannigfaltigkeit, welche die nationalen Bedürfnisse übertrug und ihre Anerkennung erst auf dem Weltmarkt fand. Dieser wurde der Regulator für die gewerblichen Leistungen der einzelnen Nationen, auf deren Steigerung er deshalb auch so eminent fördernd einwirkt, weil die Handels- und Verkehrs freiheit, jene natürliche Grundlage des modernen Weltverkehrs, staatlicherseits durch die Befreiung und Erleichterung der langjährigen Zoll- und Verkehrsbeschränkungen geschaffen und durch die Handelsverträge gefichert wurde. Der Export war das Hauptziel der gesammelten Gewerbstätigkeit.

Die großen Weltausstellungen, welche von London aus inzwischen ihren Turnus durch europäische und transatlantische Weltstädte machen, bildeten einerseits den Maßstab für die Exportfähigkeit eines Landes, andererseits die günstigste Gelegenheit für die Erweiterung des Exports und mittelbar für die Fortentwicklung jener dafür arbeitenden Industrien.

Die trotz des ganz erheblichen Defizits sehr rasche Aufeinanderfolge der Weltausstellungen, auf denen das Kleingewerbe naturgemäß niemals zur Geltung kommen konnte, schwächt indeß ganz wesentlich das Interesse an denselben ab. Die deutsche Regierung hat jede Beteiligung an einer Weltausstellung in Berlin, wie sie seitens des deutschen Handelstages intendiert wird, rundweg abgelehnt. Bei den Beschränkungen des internationalen Verkehrs durch die neue Zollpolitik können nunmehr das deutsche Gewerbe und die deutsche Industrie ihr Hauptaugenmerk, um mit Care zu reden, nur auf den inneren Verkehr richten. Diesen ganz für sich zu gewinnen, war die Absicht unserer Industriellen, als sie die neue Wirtschaftspolitik unterstützten, und nun ist es Pflicht unseres Gewerbestandes geworden, zu zeigen, daß er dem heutigen Bedürfnis und Geschmack des heimischen Publikums, so vielfach er sich zeigen möge, vollkommen zu entsprechen, im Stande ist. Der Fabrikant wie der Handwerker ist in den meisten Fällen von dem Kaufmann abhängig. Er kann die vortreffliche Arbeit liefern, interessiert sich der andere nicht hierfür, so bleibt sie unbekannt und unverkauft. Durch Vermittelung der Ausstellung kann der Gewerbelehrer sich an die höhere Instanz, das Publikum selbst, wenden; auf einer Ausstellung wird seine Arbeit von Tausenden gesehen, welche seine Werkstatt nie betreten würden; dort wird die Kauflust erregt, wenn sie nicht schon vorhanden war. Wie demnach heute eine Ausstellung im Allgemeinen nicht jene Grenzen übersteigen darf, innerhalb deren das wahrscheinliche Absatzgebiet für die Aussteller zu finden ist, so ist es andererseits für jeden Fabrikanten und Handwerker, insofern er für seine Arbeit die Daseinsicherlichkeit nicht scheut, zur Existenzaufgabe geworden, gerade bei den unerfreulichen Verhältnissen der Gegenwart die Ausstellung zu beschließen, wenn er eine Förderung seiner materiellen Interessen erwarten will. Denn nur durch eine rege Beteiligung aller Interessenten aus dem Ausstellungsbezirke liefern solche Gewerbe- und Industrie-Ausstellungen die gewünschten Ergebnisse, wirken nicht nur anregend und bildend auf Produzenten und Konsumen, sondern fördern auch den Absatz der kleinen, aber tüchtigen Handwerker, denen sonst keine Gelegenheit geboten ist, Beweise von der Trefflichkeit ihrer Arbeit zu liefern.

Darin liegt das Geheimnis von den großartigen Erfolgen, welche die Berliner Gewerbe-Ausstellung erzielt hat, darin die Ursache, daß gleichartige Unternehmen auch in Leipzig, Offenbach und anderen Orten, in so hohem Grade befriedigend ausgefallen sind. Darf Bromberg nicht das gleiche Resultat erwarten?

Undedingt, wenn man sich in den Interessentenkreisen nicht nur mit der Berechtigung, welche zunächst zu der nächstjährigen Provinzial-Ausstellung in Bromberg Veranlassung geboten hat, zufrieden giebt, sondern sich auch in vollem Umfange der Pflicht bewußt wird, mit welcher man im eigenen wie im allgemeinen Interesse das Unternehmern unterstützen muß. Die Pflicht entspringt den vielfach ganz irrgewissen Anschaungen, welche man in Deutschland über unsere Ostprovinzen hat, den mangelhaften und ungenauen Kenntnissen, die über das kulturelle und wirtschaftliche Leben dieser vielfach verfaulten Landesheile herrschen. Die Bromberger Provinzialausstellung, welche nur Erzeugnisse der Ostprovinzen zur Aufschau bringen soll, wird bezeichnend und klärend auf diese Urtheile wirken.

Man wird hier die Überzeugung gewinnen, wie sehr der Osten berechtigt ist, auch hinsichtlich seiner gewerblichen und industriellen Leistungen anderen deutschen Ganen ebenbürtig zur Seite gestellt zu werden.

Ind gar vielen hervorragenden Gebieten der Großindustrie besitzen die Ostprovinzen Etablissements, welche zu den ersten im deutschen Reiche zählen und bisher selbst die Konkurrenz mit dem Auslande erfolgreich aufzunehmen im stande waren. Die Neuerungen der landwirtschaftlichen Industrie, die Errichtungen für den rationalen Betrieb des Ackerbaues, der Viehzucht, die Etablissements der Holzindustrie u. v. a. sind in vielen Fällen mustergültig geworden, und die stetig wachsende Ausbeutung unseres mineralischen Bodenreichtums hat unserer Handelsbeziehungen einen namhaften Aufschwung gegeben. Berichtlich demnach die Bromberger Ausstellung schon ein überwiegendes Bild dieser mannsfältigen und großartigen Leistungen des Großbetriebes zu bieten, so werden denselben in ihrer Art diejenigen des kleinen Fabrikanten und der einzelnen Handwerker keineswegs nachstehen. Jeder von ihnen wird auf's neue den Beweis liefern können von der Intelligenz und Arbeitsamkeit unserer Bevölkerung, von den Fortschritten, welche trotz der kritischen Zeiten jedes Gewerbe im letzten Decennium gemacht hat. Gehört ja doch gerade unserem Handwerksstande das große Verdienst, daß er trotz größerer Schwierigkeiten als anderswo unablässig bemüht ist, nicht nur technische Vollkommenheiten sich anzueignen, sondern auch der zunehmenden Verfeinerung des Geschmackes zu entsprechen und zwar neben der höchstmöglichen Imitation auch durch eigene Entwürfe. Solche Originale, jumeil der Typus des ungeschminkten Provinzialcharakters, dürfen nicht fern in dem Winkel der Werkstatt oder in dem engen Kreise der Ladenfundschaft begrenzt bleiben; sie müssen durch Vermittelung der Bromberger Ausstellung ihren Erfindern Anerkennung und mit ihr die entsprechende materielle Belohnung bringen.

Darum eben hat das Ausstellungs-Komitee weder Kosten noch Mühen gescheut, ein so großartiges aber prunkloses Ausstellungsbüro zu beschaffen, damit auch in Wirklichkeit die Arbeit eines jeden Ausstellers befürchtigt werden und zur vollen Geltung kommen kann. Das Hauptgebäude der berliner Gewerbeausstellung, welches diesem Zweck bereits erfolgreich gedient hat und am meisten entspricht, wurde mit nicht unbeträchtlichen Mitteln angekauft, wird auf einem äußerst geeigneten Platze der Danzigerstraße seine Aufstellung finden.

So ist nach allen Seiten hin Beforge getroffen, um in der Bromberger Provinzial-Ausstellung eine würdige Repräsentation des betriebssamen und industriellen Ostens zu schaffen. Wir dürfen aber auch voraussehen, daß das Komité auf hinzüglich zahlreiche Mitwirkung wird rechnen können, während es mit vollem Ernst dahin strebt, ein möglichst vollständiges Bild der Gewerbstätigkeit unseres Ostens herzustellen.

Wenn das gelingt, dann werden, wie in Berlin und Leipzig, auch in Bromberg die angelegten Kapitalien in seinem Sinne als verloren zu betrachten sein. Mit Stolz wird der ganze Osten auf die moralischen und materiellen Erfolge seiner Provinzialgewerbe-Ausstellung zurückblicken können, wenn alle, die man zu seben erwarten kann, sich dort finden, wo die Ehre unserer gekauften provinziellen Gewerbstätigkeit engagiert ist. (Bromberger Zeitung.)

## Vocales und Provinzielles.

Posen, 17. Dezember.

+ Personalveränderungen im Ober-Postdirektions-Bezirk Bromberg. Ernannt: Der Major a. D. von der Marwitz in Gnesen und der Hauptmann a. D. Meissner in Nadel zu Postdirektoren. — Versetzt: Der Postmeister Horn von Lohens nach Kammin i. Pomm., der Postsekretär Meyer von Gnesen nach Lohens unter probeweiser Übertragung der Verwaltung des dortigen Postamts, der Postsekretär Bas von Königsberg i. Pr. nach Bromberg, beauftragt mit der probeweisen Verwaltung einer Ober-Post-Sekretär-Stelle.

○ Naturwissenschaftlicher Verein der Provinz Posen. In der letzten Sitzung des Naturwissenschaftlichen Vereins mache zunächst Herr Dr. Landsberger einige Bemerkungen zur Hygiene des Trinkwassers und des Bodens, aus denen wir hervorheben, daß zur Beurtheilung des Trinkwassers die physiologische Prüfung vielleicht noch wichtiger ist als die chemische und mikroskopische. Auch die Vortheile von Filtern, die an den Haushaltungen selbst funktionierten, wurden hervorgehoben, jedoch die schwierige Kontrolle zugestanden. Die Luft im Boden ist etwa achtzehn mal reicher an Kohlenstoff als die Atmosphäre; diese enthält 4, jene 67,7 Theile Kohlenstoff in 10,000 Theilen. Dem Boden vollständig aller Zersetzungssubstanzen zu berauben, ist unmöglich, auch in größerer Tiefe und in der Mitte größerer Pläne ist er nie ganz frei von Stickstoffverbindungen. Man hat deshalb die völlige Absperrung der Baugründe von dem umliegenden Boden durch Bemalung in Vorschlag gebracht und zugleich durch umfangreiche Kultur des Eukalyptus die Bodenluft zu beeinflussen gesucht. Herr Mechanicus Förster gab darauf eine Uebersicht über die wichtigsten in Städten vorkommenden Mineralien. Dieses Salzbergwerk verdankt seine Bedeutung nicht allein dem Kochsalz, sondern auch dem Vorkommen von Brom und besonders von Kali, welch letzteres als Düngemittel eine großartige Anwendung erfährt. Gegenwärtig verarbeiten 24 Fabriken mit 48 Dampfmaschinen diese unterirdischen Schätze. Eines der wichtigsten Mineralien ist der Karnellit, dessen zumeist fleischrothe Farbe von einem geringen Eisengehalte herrührt. Es kommt in einer Region von 42 M. Mächtigkeit vor und enthält etwa zu gleichen Theilen Wasser und Chlormagnesium und etwas weniger Chlorcalcium, welches durch Kochendes Wasser abgesondert wird. Die anderen Regionen des Bergwerkes, welche sich durch ihre Zusammensetzung unterscheiden, bestehen zunächst aus der Anhydritregion mit 96 Prozent Kochsalz, welche bis jetzt 330 M. tief durchbohrt ist. Darüber liegt 62 M. hoch der Polnthal aus weniger reinem Kochsalz, welches zumeist eine blaue Farbe zeigt, ferner die Kieseritregion von 56 M. und endlich die des Karnellits. Bedeutet ist das Lager durch 190 M. Letzte und Kalkstein. Ein Mineral, welches noch zu erwähnen wäre, ist der an Boraxreiche Boracit, von dem jährlich etwa 500 Zentner gewonnen werden. Zur Erläuterung des Vortrages wurden die betreffenden Mineralien vorgelegt.

r. Die Reinigung der Bahnhofstraße von dem Berliner Thor bis zur Raponiere ist nach einem neueren Beschlusse der königl. Regierung Sache der Stadtgemeinde Posen und der Dorfgemeinde Jerzyce, und zwar hat jede dieser beiden Gemeinden die Reinigung der Straße zu bewirken, soweit dieselbe auf ihrem Territorium liegt. Eine ähnliche Entscheidung hat übrigens die königl. Regierung schon vor einigen Monaten in Betreff der Glacisstraße und der Zufahrtsstraße zum Kreuzburger Bahnhof getroffen, deren Reinigung demnach der Stadtgemeinde Posen und den Dorfgemeinden St. Lazarus und Wilda obliegt.

○ Schneidemühl, 14. Dezember. Ungültige Stadtverordneten-Büchsen. Lehrerverein. Pferde die stahlf. Deuer. Die königliche Regierung zu Bromberg hat gestern dem hiesigen Magistrat per Telegraph die Nachricht zugehen lassen, daß die am 27. v. M. stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen für sämtliche Abtheilungen wegen des gegen dieselben erhobenen Protestes für ungültig erklärt worden sind und daß demgemäß eine Neuwahl anzuberaumen sei. Zu dieser Wahl werden auch die Wählerlisten umgestaltet und zwar deshalb, weil bis jetzt bei Auffstellung derselben die Kommunalsteuer von 6000 M., welche der hiesige Eisenbahnsatz jährlich an die Rämmerschaft zahlte, nicht in Betracht gezogen worden ist, die aber denselben die Rechte einer juridischen Person verleiht. — Gestern trat der hiesige Lehrerverein zu einer Sitzung zusammen, an welcher 18 Mitglieder Theil nahmen. Zunächst begaben sich die Erstgenannten in die hiesige evangelische Schule, woselbst Lehrer Schrank von hier mit den Kindern der ersten Mädchenklasse eine Lehrprobe hielt und zwar hatte sich derselbe gewählt die Behandlung des Gedichtes „Die Auswanderer“ von Freiligrath. Nach gehaltener Lehrprobe fuhren die Theilnehmer in das Vereinslokal zurück, und es wurde sodann hier eine Debatte eröffnet. Hierauf entrollte Lehrer Bator in einem längeren Vortrage ein Bild über die Gründung und die Entwicklung des hiesigen Vereins und nachdem sodann die geschäftlichen Sachen erledigt worden waren, wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Versammlung findet am 17. Januar a. f. statt, in welcher Taubstummenlehrer Deumlich einen Vortrag über das Thema: „Was kann die Volksschule zur Vorbildung taubstummer Kinder thun?“ halten wird. — Am letzten Freitag ließ der Eigentümer Nehbein aus Groß-Wittenberg vor einem hiesigen Restaurant sein Gefährt stehen und übergaß es der Aufsicht eines hiesigen Arbeiters. Als d. R. nach kurzer Zeit aus dem Restaurant zurückkehrte, waren Pferde und Wagen verschwunden. Nach langerem Suchen wurde der Wagen vor der Wohnung jenes Arbeiters, die Pferde aber in der kleinen Saide vorgefunden. Der Arbeiter verweigerte über diesen Umstand jede Auskunft, weshalb er sofort verhaftet wurde. Da man ihm aber nicht nachweisen konnte, daß er die Absicht, das Gefährt zu stehlen gehabt hatte, so mußte er wieder am nächsten Tage aus der Haft entlassen werden. — Gestern gegen 6 Uhr Morgens brach in einem Viehstalle auf dem Gebiete des Kaufmanns Leon zu Usch Feuer aus, welches in kurzer Zeit das Gehöft, wie auch noch einige andere Wirtschaftsgebäude in Asche legte. Das Feuer ist durch Unvorsichtigkeit des Dienstmädchens entstanden.

## Vermisses.

\* Die schärfste Kälte soll in der Nacht zum Dienstag vor acht Tagen auf der Siegeshöhe bei Liegnitz konstatiert worden sein. Wie das „Liegnitzer Stadtblatt“ erfährt, sollen dort die Thermometer um 3 Uhr Nachts — 32° R., auf der Hegerwiese — 31° R. gezeigt haben. — Auf der Bauerstraße zu Liegnitz wurde früh Morgens ein junges Reh ganz erstarrt gefunden, das Thier vermochte kaum mehr zu entfliehen, sondern wurde aufgegriffen und in einen warmen Stall gebracht. — Bei Landeshut sind viele Vögel auf Flur und Feld erfroren.

## Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 16. Dezember. Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung die Vorlage wegen Abänderung der Artikel 13, 24, 69 und 72 der Verfassung mit beträchtlicher Stimmenmehrheit angenommen.

Gumbinnen, 16. Dezember. Bei der Neuwahl eines Abgeordneten zum Reichstage im vierten hiesigen Wahlkreise wurden nach amtlicher Feststellung 10,214 Stimmen abgegeben; von denselben erhielt der Unterstaatssekretär von Gossler in Berlin (kons.) 7091, der Gutsbesitzer v. Donalis auf Willuhnen (Fortschritt) 3101 Stimmen. Unterstaats-Sekretär von Gossler ist somit gewählt.

Wien, 16. Dezember. Der Wehrausschuß des Abgeordnetenhaus hat mit 14 gegen 7 Stimmen den Antrag angenommen, den Beschlüssen des Herrenhauses bezüglich des Wehrgezes beizutreten, nachdem vorher die Anträge der Liberalen bezüglich dreijähriger resp. einjähriger Fortdauer des Wehrgezes abgelehnt worden waren.

Bern, 15. Dezember. Der Nationalrath hat den Antrag auf Aufhebung des Banknoten-Monopols in der Verfassung mit 105 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Rom, 16. Dezember. Die Deputirtenkammer genehmigte debattelos die zwischen Italien und Serbien vereinbarte Declaration bezüglich gegenseitiger Handelsbeziehungen.

London, 16. Dezember. Die heutigen Morgenblätter halten die Lage in Afghanistan für kritisch, glauben indeß doch, daß bis jetzt zu ernsteren Besorgnissen kein Grund vorliege.

Konstantinopel, 15. Dezember. Die bereits signalisierte Mittheilung der Pforte vom 13. d. bezüglich Montenegro ist an das Kabinett von St. Petersburg gerichtet und den übrigen Mächten zugestellt worden. Dieselbe lautet wie folgt:

Nach Mittheilungen der Generalgouverneure von Monastir und Kossovo an die hohe Pforte ist es in letzterem Orte zu einem Konflikt zwischen den Albanern und Montenegrinern gekommen, welcher von den Montenegrinern hervorgerufen worden sein soll. Da die kaiserliche Regierung ihre Truppen aus Gussine rückgezogen hat, so kann sie die Richtigkeit dieser Mittheilungen nicht konstatiren. In jedem Falle ist aber der fragliche Konflikt bei Weitem nicht von solcher Bedeutung, als man ihm Anfangs beilegte. Wir sind der kaiserlich russischen Regierung dankbar, daß sie die Aufrichtigkeit der Intentionen der hohen Pforte bezüglich der Frage betreffs Gussine's anerkannt hat. In der That hat sich die kaiserliche Regierung consequent und fest gezeigt. Nachdem sie an Stelle Gussine's ein wichtigeres und reicheres Gebiet vergleichbar angeboten hatte, hat sie ohne Zeitverlust energisch und thatkräftig gehandelt. Muftschir Pascha erhielt den Befehl, sich mit 15 Bataillonen in Marsch zu setzen, um mit dieser Truppenmacht die Mittel der Ueberredung zu unterstützen, durch welche jeder weitere Konflikt zwischen den Montenegrinern und Albanern und somit auch jedes Blutvergießen vermieden werden sollte. Bei seiner Ankunft in Calkandelen erließ Muftschir Pascha eine Proklamation, in welcher er die Bewölferung von Prizrend zum Geschäftsauforderte. Der Muftschir richtete an die Einwohner von Gussine, sowie an die von Dawna und Apel eine neue Proklamation, deren Abschrift durch den Courier übermittelt werden wird. In dieser Proklamation theilte er den Einwohnern den festen Willen der kaiserlichen Regierung mit, sich an den Vertrag von Berlin zu halten. Gleichzeitig forderte er sie auf das Entscheiden zum Gehorjam auf, indem er auf die Folgen hinwies, welche aus einem Widerstand für sie entstehen würden. Zugleich stellte der Muftschir seine Armee so auf, daß er jede Hilfe, die die Einwohner in ihrem Widerstande hätte verstärken können und jedes Eindringen in Gussine verhindern konnte. Um die militärischen Maßnahmen zu vervollständigen, ließ er aus Mitrowitz 7 weitere Bataillone kommen, von denen er 4 gegen Apel dirigierte. So war eine starke Barriere zwischen den Einwohnern von Gussine und denjenigen von Prizrend gesogen. Um den Willen der kaiserlichen Regierung jedoch noch klarer darzulegen, gab Muftschir Pascha dem Kaimakam und dem Radi, den einzigen in Gussine verbliebenen Behörden, Befehl, sich aus Gussine zurückzuziehen. Dies sind die Maßnahmen, welche Ghazi Muftschir Pascha im Einvernehmen mit dem Generalgouverneur und dem Militärfeldkommandanten von Kossovo bei der Zusammenkunft in Prizrend traf. Diese Maßregeln zeugen weder von Langsamkeit, noch von Schwäche. Nichtsdestoweniger hat der montenegrinische Gesandte uns eine Mittheilung zugesellt, in welcher erklärt wird, daß seine Regierung nicht länger warten könne und daß die Truppen des Fürstenthums mit Gewalt in Gussine eindringen und die Einwohner mit der größten Strenge bestrafen würden. Indem die kaiserliche Regierung allen ihren Befehlen gab, sich zurückzuziehen, handelte sie vollkommen regelrecht. Das, was sie jetzt thut und fernerhin thun wird, um Blutvergießen zu verhindern, muß als ein Beweis ihrer loyalen Gesinnungen und ihres Willens betrachtet werden. Mehr von ihr zu verlangen würde heißen, sie zu unflügen Maßregeln zwingen, die ihrer Natur nach die Lage nur verworfelter machen könnten. Die hohe Pforte tut ihr Möglichstes und wird nicht aufhören, alle ihre Kräfte aufzubieten, um ein neues Blutvergießen zu verhindern. Wenn man jedoch einen Konflikt hervorrufen sollte, so werde die hohe Pforte ihn nicht nur tief beklagen, sondern sie werde auch das Bewußtsein haben, Alles gethan zu haben, um ihn zu verhindern. Ein Exzellenz werden eracht, daß Vorstehende zur Kenntnis des St. Petersburger Cabinets zu bringen. Abdruck dieser Depesche ist in gleicher Weise den Repräsentanten der Pforte im Auslande, wie den Repräsentanten der Großenmächte in Konstantinopel mitgetheilt worden.

Nisch, 16. Dezember. Der Justizminister Matitsch hat französisch halb er sein Entlassungsgebot eingereicht.

München, 16. Dezember. (Fortsetzung der Debatte im Abgeordnetenhouse.) Staatsminister von Preyschner fährt fort: Durch die Gesandtschaften in Paris und Petersburg würde nur der König von Baiern repräsentiert, würden nur Landesangehörige unterstützen; was daran bedenklich sein solle, sei ihm unbegreiflich, bis jetzt sei daraus kein Misstrauen und kein Argwohn entstanden. Die durch ihn erfolgte, von dem Abg. Jörg erwähnte Einberufung des achten Bundesrathausausschusses (für die auswärtigen Angelegenheiten) beweise, daß dieses Institut doch nicht so absolut tot sei, wie Jörg früher behauptet habe. Schon im Jahre 1876 habe er aber erklärt, daß die diesem Ausschuß gemachten Mittheilungen nur für die Regierungen bestimmt seien, er werde darüber niemals dem Abgeordnetenhouse Mittheilung machen. Weshalb ohne allen Grund die Gesandtschaften aufgehoben werden sollen, sehe er nicht ein. Wenn man durch dieselben, ohne Schädigung des nationalen Rahmens, die Interessen des Einzelstaates fördern könne, so scheine ihm das gerade den föderalistischen Gedanken zu stärken. Der Abgeordnete Schels glaubte nicht in den Gesandtschaften ein markantes Zeichen der Selbstständigkeit der Mittelstaaten erblicken zu müssen, war vielmehr der Ansicht, daß dasselbe in den Militärangelegenheiten besthebe. Darin fehle aber die Selbstständigkeit Baierns vollständig. Der Redner wies hierbei auf die preußischen Inspektionen hin. Der Minister des Auswärtigen erwiederte hierauf, er bedauere, daß der Kriegsminister nicht im Hause anwesend sei; derselbe würde dem Abgeordneten Schels geziemend antworten; die Inspektionen seien durch die Versailler Verträge bestimmt und schon zur Zeit des deutschen Bundes habe es solche Inspektionen gegeben. — Schließlich wurde der Etat des Auswärtigen, nachdem ein Antrag Rittler's, den Ministerial-Dispositionsfond zu streichen,

abgelehnt worden war, nach den Anträgen des Ausschusses genehmigt.

Berantwortlicher Redakteur: P. Bauer in Posen.  
Für den Inhalt der folgenden Mithilfungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 16. Dezember. (Schluß-Course.) Still. Lond. Wech. 20,36. Pariser do. 80,67. Wiener do. 173,00. R. M. St.-A. 144, Rheinische do. 153, Hess. Ludwigsl. 87, R. M. Pr. Anth. — Reichsanl. 98. Reichsbank 153, Darmst. 146, Weininger B. 84, Ostf. 153, Bl. 731,50. Kreditaktien 241, Silberrente 60, Papierrente 59, Goldrente 70, Ung. Goldrente 83, 1860er Loos 125, 1864er Loos 302,00. Ung. Staatsl. 192,50. do. Ost. O. D. 74, Böhm. Westbahn 176, Elisabethb. 153, Nordwestl. 125, Galizier 208, Franzosen 230, Lombarden 68, Italiener —, 1877er Russen 88, Il. Orientanl. 58, Zentr. Pacific 107, —

\*) per medio resp. per ultimo.

Nach Schlüß der Börse: Kreditaktien 241, Franzosen 230, Il. Orientanl. —, Galizier —, Ungarische Goldrente 83, 1860er Loos —.

Frankfurt a. M., 16. Dezember. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 241, Franzosen 230, Lombarden —, 1860er Loos —, Goldrente 70, Galizier 208, Silberrente 60, Österreich. Papierrente —, Ungar. Goldrente —, Il. Orientanl. —, III. Orientanl. —, 1877er Russen —, Geschäftslös.

Wien, 16. Dezember. (Schluß-Course.) Anfangs sehr fest, schließlich durch Realisierungen mäßig abgeschwächt, Bahnen ruhig. Montanwerthe begeleitet.

Papierrente 68,75, Silberrente 70,50, Österreich. Goldrente 80,95, Ungarische Goldrente 96,05, 1864er Loos 125,00, 1860er Loos 131,00, 1864er Loos 167,00, Kreditloose 179,00, Ungar. Prämiens 107,00, Kreditaktien 280,00, Franzosen 268,20, Lombarden 80,50, Galizier 241,50, Kasch.-Oderb. 115,00, Pardubitzer 112,50, Nordwestbahn 146,00, Elisabethb. 178,00, Nordbahn 231,00, Österreich. Bank 845,00, Türk. Loos 15,90, Unionbank 96,30, Anglo-Austr. 137,80, Wiener Bankverein 138,80, Ungar. Kredit 263,70, Deutsche Pläze 57,00, Londoner Wechsel 116,65, Pariser do. 46,20, Amsterdamer do. 96,50, Napoleons 9,31, Dukaten 5,52, Silber 100,00, Marknoten 57,75, Russische Banknoten 1,21, —

Wien, 16. Dezember. Abendbörs. Kreditaktien 279,80, Franzosen 267,75, Galizier 241,75, Anglo-Austr. 137,80, Lombarden 79,75, Papierrente 68,75, österr. Goldrente 80,95, ungar. Goldrente 96,02, Marknoten 57,75, Napoleons 9,31, 1864er Loos —, österr. ungar. Bank —, Geschäftslös.

Florenz, 16. Dezember. 5 p.C. Italienische Rente 91,77, Gold 22,63.

Paris, 16. Dezember. (Schluß-Course.) Träge. 3 proz. amortisirb. Rente 83,65, 3 proz. Rente 81,40, Anleihe de 1872 115,02, Italien. 5 proz. Rente 81,25, Österreich. Goldrente 70, Ung. Goldrente 85, Russen de 1877 92, Franzosen 583,75, Lombardische Eisenbahn-Aktien 173,75, Lombardische Prioritäten 261,00, Türk. de 1865 9,87, —

Credit mobilier 625, Spanier extér. 15, do. inter. 14,5, Suezanl-Aktien 715, Banque ottomane 522, Societe generale 557, Credit foncier 1052, Egypt. 256, Banque de Paris 867, Banque d'escompte 818, Banque hypothécaire 660, III. Orientanl 59, Türk. Wechsel 34,50, Londoner Wechsel 25,25.

Paris, 15. Dezember. Boulevard-Berkehr. 3 proz. Rente 82,15, Anleihe von 1872 115,17, Italiener 81,25, Türk. 10,07, Türk. Wechsel 59,00, Egypt. 260,00, Spanier extér. —, 1877er Russen 92, —, Banque ottomane —, Geschäftslös.

London, 16. Dezbr. Consols 97, Italien. 5 proz. Rente 80, Lombarden 6, 3 proz. Lombarden alte 10, 3 proz. do. neue —, 5 proz. Russen de 1871 86, 5 proz. Russen de 1872 85, 5 proz. Russen de 1873 85, 5 proz. Türk. de 1865 9, 5 proz. fundirte Amerikaner 106, Österreich. Silberrente 61, do. Papierrente 58, Ungar. Goldrente 84, Österreich. Goldrente 69, Spanier 15, Egypt. 51, —

Wladislafont 2 p.C. Wechselnotirungen: Deutsche Pläze 20,57, Wien 11,87, Paris 25,45, Petersburg 24, —

In die Bank flohen heute 6000 Pfds. Sterl.

Petersburg, 16. Dezember. Wechsel auf London 25, Il. Orientanl. Anleihe 90, III. Orientanl 90, —

Newyork, 15. Dezbr. (Schluß-Course.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 80, C. Wechsel auf Paris 5,22, 5 p.C. fundirte Anleihe 103, 4 p.C. fundirte Anleihe von 1877 103, Erie-Bahn 41, Central-Pacific 111, Newyork Centralbahn 131.

## Marktpreise in Breslau am 16. Dezember 1879.

Festsetzungen der städtischen Markt- Deputation.	guter		mittlere		geringe Waare	
Höch- ster M. Pf.	Nie- drigst. M. Pf.	Höch- ster M. Pf.	Nie- drigst. M. Pf.	Höch- ster M. Pf.	Nie- drigst. M. Pf.	
</

## Produkten - Börse.

Berlin, 16. Dezemb. Weizen pr. 1000 Kilo loko 200—243 M. nach Qualität gefordert. Gelber Märk. — M. ab Bahn bezahlt. Gelber Schlesischer — M. ab Bahn bez. Regulierungspreis 232 M. Gefündigt 2000 Centner. Per Dezember — bez. Dezember-Januar 132 bez. Januar-Febr. — bez. April-Mai 240—239—239 bez. Mai-Juni 241—240—141 bez. — Roggen per 1000 Kilo loko 168—178 M. nach Qualität gef. Russ. — ab Kündigung bez. Inländ. 172—176 M. a. B. bez. Russischer — M. ab Kahn bez. Regulierungspreis f. d. Kündigung 168½ M. bezahlt. Gefündigt 5000 Ztr. Per Dezember 168 bez. G., 168½ G., Dezbr.-Januar 168 bez. G., 168½ G., per Januar-Februar 168—168 bez. — per Februar — März — bezahlt. April-Mai 173—174 bezahlt. Gerste per 1000 Kilo loko 137—200 nach Qualität gefordert. Hafer per 1000 Kilo loko 130—155 nach Qualität gefordert. Russischer 133—139 bez. Pommischer 140—145 bez. Ost- und Westpreußischer 137—142 bez. Schlesischer 140—145 bez. Gaßlischer — bez. Böhmisches 140—145 bezahlt. Dezember — bezahlt. Dezbr.-Januar 143 M. April-Mai 149—150 bez. Mai-Juni 151½ bez. Gefündigt — Ctr. Regulierungspreis — bez. — Eben per 1000 Kilo Kochwaren 173—210 Mark. Futterwaare 162—172 Mark. Mais per 1000 Kilo loko 153—158 bez. nach Qualität. Rumänischer — ab Bahn bez. Amerikanischer — a. B. bez. — Weizen m. e. h. per 1000 Kilo brutto 00: 32,50—30 M. 0: 30,00—29,00 M. 01: 29,00—27,00 M. Roggen m. e. h. infl. Sad 0: 25,50—24,50 M. 01: 24,25—23,25 M. Mai-Juni 24,40—24,45. Dezember 24,20—24,30 bez. Dezember-Januar 24,20—24,30 bez. — per Jan.-Februar 24,20—24,30 bez. — per Februar — März 24,25—24,35 bez. — per April-Mai 24,40—24,45 bezahlt. Mai-Juni — bezahlt. Gefündigt — Ctr. Regulierungspreis — bezahlt. — Oelsaat per 1000 Kilo Winter-

Raps 235—248 Mark. Dezember-Januar — — bez. Januar-Februar — — bez. — Winter-Rüben 230—245 M. Dezember-Januar — — bez. Januar-Februar — — bez. — Rübel per 100 Kilo loko ohne Faß 54,2 M. flüssig — M. mit Faß 54,6 M. per Dezember 54,4 M. per Dez.-Januar 54,2 M. per Januar-Februar — bezahlt. per Febr.-März — M. bez. per April-Mai 55,1—55,3 M. bez. per Mai-Juni 55,6 bezahlt. — Leinöl loko 67,0 M. — Petroleum per 100 Kilo loko 26,8 M. bez. Dezember 26,2—26,0 bez. — per Dezember-Januar 26,2—26,0 bez. Januar-Februar 26,2—26,0 bezahlt. Februar-März — Mark bezahlt. per März-April — Mark bezahlt. — Grüngut — Zentner. Regulierungspreis — bezahlt. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 59,4 Mark bezahlt. per Dezember 58,9—58,8—59,3 bez. — per Dezember-Januar 58,9—58,8—59,3 bez. Februar — bezahlt. April-Mai 60,8—60,5—61,3 bezahlt. per Mai-Juni 61,0—60,7—61,5 bezahlt. Gefündigt — Liter. Regulierungspreis für die Kündigung — bez. (B.B.-Z.)

M. Br. per April-Mai 56 M. Br. 55,5 M. Gd. — Spiritus mett. per 10,000 Liter p. Et. loko ohne Faß 58,2 M. bez. per Dezember, Dezember-Januar und per Januar-Februar 58 M. Gd. 58,2 M. Br. per Frühjahr 60,3—60—60,1 M. Br. u. Gd. per Mai-Juni 60,8 M. Br. u. Gd. — Angemeldet: Nichts. — Regulierungspreis: Weizen 226 M. Roggen 162 M. Rübel 54 M. Spiritus 58 M. — Petroleum loko 13 M. verst. bez. 9—9,1 M. tr. bez. (Offsee-Ztg.)

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1879.

Datum.	Stunde.	Barometer	Therm.	Wind.	Wolkenform.
		260 über der Ostsee.	mo-		
16. Dez.	Nachm.	228"	5°69 — 1°5	W	0-1 bedeckt St
16. =	Abends.	1028"	5°59 — 1°3	W	0-1 bedeckt St
17. =	Morgs.	628"	5°10 — 4°4	W	=0 heiter Stschw. N.

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 15. Dezember Mittags 1,28 Meter.  
= 16. = 1,32 =

Berlin, 16. Dezember. Die Meldungen der auswärtigen Börsen blieben heute fast ganz unbeachtet; eine unsangreiche Bewegung in Rumäniern beherrschte den gesamten Markt. Dieselben fielen rasch in Folge großer Verkaufsaufträge von außerhalb von 41 auf 39,75, um sich sodann wieder auf 40,25 zu heben. Neue Nachrichten fehlten. Die Spekulation und auch die Privatbesitzer außerhalb der Börse sind offenbar durch die bisher aus Buxfest eingeläufenen Nachrichten beunruhigt, und sehen gespannt weiteren Mitteilungen entgegen. Die Schwankungen wurden weniger durch einen Meinungswechsel, vielmehr durch den raschen Wechsel der Stellung der kleinen Spekulation veranlaßt.

## Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 16. Dezember 1879.  
Preußische Fonds- und Geld-Course.

Gonsol. Anleihe	4½	104,30	bz	Pomm. H.-B. 1.120	5	101,25	G	
do. neue 1876	4	97,40	bz	do. II. IV.	110	98,50	bz G	
Staats-Anleihe	4	97,70	bz	Pomm. III. rkz.	100	98,25	bz G	
Staats-Schuldsch.	3½	95,60	bz	Pr. B.-C.-H.-Br. rkz.	5	102,10	bz G	
Od.-Deichs.-Obl.	4½	103,00	bz	do. do.	100	100,20	bz B	
Berl. Stadt-Obl.	4½	92,25	bz	do. (1872 u. 74)	4½	115	99,75	bz
Schuldv. d. B. Kfm.	4½	103,10	bz	Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	100,50	bz G	
Berliner	4½	106,40	bz	do. do.	110	102,75	bz G	
do.	5	106,40	bz	Schlef. Bod.-Cred.	5	103,00	G	
Landsch. Central	4	97,60	bz	do. do.	100	100,25	G	
Kurz. u. Neumärk.	3½	91,50	bz	do. (1874)	5	128	99,75	bz
do. neue	3½	88,50	bz	Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	100,50	bz G	
do.	4	97,90	B	do. do.	110	102,75	bz G	
R. Brandbg. Cred.	4	104,30	bz	Schlef. Bod.-Cred.	5	103,00	G	
Ostpreußische	3½	87,10	bz	do. do.	100	100,25	G	
do.	4	96,75	bz	do. do.	100	100,25	G	
do.	4½	102,90	bz	do. do.	100	100,25	G	
Pommersche	3½	87,50	bz	do. do.	100	100,25	G	
do.	4	97,60	bz	do. do.	100	100,25	G	
do.	4½	102,80	bz	do. do.	100	100,25	G	
Posenische, neue	4	97,90	B	do. do.	100	100,25	G	
Sächsische	4	96,75	G	do. do.	100	100,25	G	
Schlesische	3½	101,90	B	do. do.	100	100,25	G	
do. alte A. u. C.	4½	101,90	B	do. do.	100	100,25	G	
do. neue A. u. C.	4	101,90	B	do. do.	100	100,25	G	
Westpr. ritter. sch.	3½	87,30	G	do. do.	100	100,25	G	
do.	4	97,10	bz	do. do.	100	100,25	G	
do.	4½	101,90	bz	do. do.	100	100,25	G	
do. II. Serie	5	101,90	B	do. do.	100	100,25	G	
do. neue	4	101,90	B	do. do.	100	100,25	G	
do.	4½	101,90	B	do. do.	100	100,25	G	
Rentenbriefe:				do. do.	100	100,25	G	
Kurz. u. Neumärk.	4	98,25	bz	Amerik. rkz. 1881	6	101,90	bz B	
Pommersche	4	98,50	bz	do. do.	100	100,25	G	
Posenische	4	98,10	bz	do. Bds. (fund.)	5	101,00	bz B	
Preußische	4	98,10	bz	Norweger Anleihe	4½	100	100,25	bz
Rhein.-u. Westfäl.	4	98,70	bz	do. do.	100	100,25	G	
Sächsische	4	98,60	bz	do. do.	100	100,25	G	
Schlesische	4	99,25	bz	do. do.	100	100,25	G	
Souvereignes 20-Frankstücke				do. do.	100	100,25	G	
do. 500 Gr.				do. do.	100	100,25	G	
Dollars				do. do.	100	100,25	G	
Imperials				do. do.	100	100,25	G	
do. 500 Gr.				do. do.	100	100,25	G	
Fremde Banknoten				do. do.	100	100,25	G	
do. einlös. Leipz.				do. do.	100	100,25	G	
Französisch. Banknot.				do. do.	100	100,25	G	
Deutsch. Banknot.				do. do.	100	100,25	G	
do. Silbergulden				do. do.	100	100,25	G	
Russ. Noten 100 Rubl.				do. do.	100	100,25	G	
Dentifche Fonds.				do. do.	100	100,25	G	
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	144,75	bz G	do. do.	100	100,25	G	
Hess. Prsch. a 40 Th.	2	267,90	bz	do. do.	100	100,25	G	
Bab. Pr. A. v. 67.	4	122,25	bz	do. do.	100	100,25	G	
do. 35 f. Obligat.	3½	175,25	bz G	do. do.	100	100,25	G	
Bair. Präm.-Anl.	4	133,30	bz	do. do.	100	100,25	G	
Braunschweig. 20th. L.	4	89,50	bz G	do. do.	100	100,25	G	
Brem. Anl. v. 1874	4½	100	100,25	do. do.	100	100,25	G	
Cöln.-Md.-Pr. Anl.	3½	131,00	bz G	do. do.	100	100,25	G	
Def. St. Pr. Anl.	3½	124,60	bz	do. do.	100	100,25	G	
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	116,50	bz	do. do.	100	100,25	G	
do. II. Abth.	5	114,50	bz	do. do.	100	100,25	G	
Göh. Pr.-A. v. 1866	3	189,00	bz	do. do.	100	100,25	G	
Lübecker Pr.-Anl.	3½	180,00	bz	do. do.	100	100,25	G	
Mecklen. Eisenbgsch.	3½	89,30	bz	do. do.	100	100,25	G	
Meiningen. Looje	3½	25,10	bz	do. do.	100	100,25	G	
do. Pr.-Pfdbr.	4	117,25	G	do. do.	100	100,25	G	
Oldenburger Looje	3	150,00	bz B	do. do.	100	100,25	G	
Do.-G.-C.-B.-Pfdbr.	5	103,70						